

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses  
für Finanzen, städtische participationsverwaltung und  
Liegenschaften am 17.11.2016**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus  
Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:36 Uhr bis 17:54 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender
André Cierpinski	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eric Eigendorf	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 17:43 Uhr
	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn
	Krause
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Frau Hintz
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau
	Dr. Brock
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und Personal
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und
	Lebensmittelüberwachung, Amtstierärztin
Martina Beßler	Controllerin Geschäftsbereich I
Andrea Simon	Controllerin Geschäftsbereich IV
Romy Dietrich	Sachbearbeiterin Haushalt/ Controlling
Sarah Lange	stellv. Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlten:**

Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

### **zu Einwohnerfragestunde**

---

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Dr. Meerheim** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

Es gab keine Wortmeldungen und Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung der Tagesordnung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015  
Vorlage: VI/2016/02283
- 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur  
Vorlage: VI/2016/02479
- 5.1.2. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015  
Vorlage: VI/2016/02531
- 5.1.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283  
Vorlage: VI/2016/02535
- 5.1.4. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)  
Vorlage: VI/2016/02544
- 5.1.5. Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen  
Vorlage: VI/2016/02552
- 5.1.6. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kaptitel SGB XII  
Vorlage: VI/2016/02536
- 5.1.7. Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD-FRAKTION zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 (VI/2016/02283); hier: Stellenplan Schulsekretär\*innen  
Vorlage: VI/2016/02558
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### zu 3 Genehmigung der Niederschrift

---

Eine Niederschrift lag nicht vor.

### zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

Nicht öffentliche Beschlüsse lagen nicht vor.

### zu 5 Beschlussvorlagen

---

#### zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 Vorlage: VI/2016/02283

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

#### zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur Vorlage: VI/2016/02479

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Planansatz 2017 wird im Bereich Bildungsinfrastruktur für Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte um insgesamt zwei Million Euro erhöht. Die Mittel dienen der Umsetzung notwendiger baulicher Maßnahmen. Sie sind durch die Verwaltung in Absprache mit dem Bildungsausschuss bedarfsgerecht auf Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte zu verteilen.

Eine Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen durch Immobilienveräußerungen der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.1.2 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015  
Vorlage: VI/2016/02531**

---

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Transferaufwendungen in den Produkten 1.36201 Jugendarbeit, 1.36301 Jugendsozialarbeit/erzieherischer Kinder- und Jugendschutz sowie 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie werden zum Zwecke der Steigerung der Zuschüsse an freie Träger um jeweils 100.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283  
Vorlage: VI/2016/02535**

---

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

1. Der Planansatz 2017 Produkt 1.33101 – Zeile 13 Transferaufwendungen – wird von 301.500 EUR auf 400.000 EUR angehoben.
2. Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

**zu 5.1.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)  
Vorlage: VI/2016/02544**

---

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Im Produkt 1.31501 Frauenschutzhaus werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 50.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen für Marketingmaßnahmen im Produkt 1.57111 Wirtschaft und Wissenschaft in gleicher Höhe.

**zu 5.1.5 Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen  
Vorlage: VI/2016/02552**

---

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

Der Planansatz 2017 Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen– Zeile 13  
Transferaufwendungen – wird von 496.600 EUR auf 596.600 EUR angehoben.

Kosten: 100 TEUR

Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

**zu 5.1.6 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kaptitel SGB XII  
Vorlage: VI/2016/02536**

---

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

1. Der Planansatz 2017 Leistung 1.31151-03 – Pflichtleistungen freier Träger wird von 463.900 EUR auf 514.000 EUR erhöht.
2. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.7 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD-FRAKTION zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 (VI/2016/02283); hier: Stellenplan Schulsekretär\*innen  
Vorlage: VI/2016/02558**

---

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stellenplan ist unter der laufenden Nummer 1255 „Schulsekretär/-in“ um 14,9 auf 30,4 Vollzeitstellen zu erhöhen.

Die Deckung erfolgt aus zusätzlichen FAG-Zuweisungen.

## Diskussion:

### Fachbereich Soziales

#### Unterhaltsvorschuss

**Frau Brederlow** sagte, dass das Unterhaltsvorschussgesetz zum 01.01.17 geändert wird. Der genaue Umfang kann noch nicht bestimmt werden.

#### Bundeselterngeld

**Herr Wolter** fragte, ob es realistisch ist, dass es um 70 Anträge gestiegen ist.

**Frau Dietrich** antwortete, dass die Zahlen anhand von bisherigen Fallzahlen prognostiziert werden. Die Fallzahl zum 30.09.2016 belief sich auf 2296 Fälle.

#### Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

**Herr Rupsch** regte an, dass die Vergleichszahlen für das Vorjahr mit bei den aktuellen Zahlen stehen sollten.

**Frau Wolff** sagte, dass dies technisch nicht möglich ist, da der Haushaltsplan aus einer Datenbank erstellt wird. Eine Produktnummer hat eine Tabelle, daher geht dies nicht.

**Herr Rupsch** bat um ausführlichere Erläuterungen und den Angaben dazu.

#### Bildung und Teilhabe

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob das Minus durch die Änderungen ausgeglichen wurde.

**Frau Simon** sagte, dass jährlich eine Revision erfolgt und dadurch eine Änderung vorgenommen wurde.

#### Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, laufende Zuwendungen

**Herr Wolter** fragte nach den IST-Zahlen von 2016.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Zahlen bisher noch nicht vorliegen.

#### Sonstige soziale Angelegenheiten

**Herr Wolter** fragte, wo der Halle- Pass zu finden ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass dieser bei sonstigen sozialen Angelegenheiten zu finden ist.

**Herr Wolter** fragte nach der Antragssituation.

**Frau Brederlow** sagte, dass es dieses Jahr nicht mehr Anträge gab.

**Herr Baus** sagte, dass der Ansatz von 30.000 Euro für die Schwerbehinderten ausreichend ist.

Die sonstigen Leistungen für den Halle-Pass insgesamt gibt es nicht als extra Posten.

**Herr Wolter** fragte, ob es da keine Verrechnungsformel und Aufschlüsselung gibt.

**Frau Brederlow** sagte, dass es keine Erstattung für die Ermäßigung durch die Stadt gibt. Der Halle-Pass ist eine freiwillige Leistung.

### Fachbereich Bildung

**Frau Brederlow** sagte, dass es mehr SchulsekretärInnenstellen geben wird und diese durch die Mehreinnahmen im Bereich GB IV finanziert werden.

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob die Änderung den vorliegenden Änderungsanträgen entspricht.

**Frau Brederlow** stimmte dem zu.

### Sonstige schulische Aufgaben

**Herr Wolter** fragte, ob das Planetarium dann auch hier zugeordnet wird oder eine Kultureinrichtung ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass es früher im Geschäftsbereich IV verortet war. Seit geraumer Zeit ist das Planetarium als kulturelle Bildungseinrichtung definiert.

### Frauenschutzhaus

**Herr Wolter** bat um eine Stellungnahme zum Änderungsantrag der SPD Fraktion.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies für heute nicht vorbereitet ist.

**Herr Wolter** bat um eine fachliche Einschätzung, ob die Erhöhung notwendig ist.

**Herr Dr. Wend** brachte den Antrag ein und schilderte, dass die zusätzlichen Mittel für Schutzbedürftige, die nicht aus unserer Stadt kommen, für die es also keine Rückzahlung gibt, eingestellt wurden.

**Frau Brederlow** sagte, dass ausreichend Plätze zur Verfügung stehen und es eine Rückerstattung durch die anderen Gebietskörperschaften gibt. Dies ist ausreichend finanziert.

### Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

**Herr Dr. Meerheim** fragte, woraus die Fallzahlensteigerung resultiert.

**Frau Brederlow** sagte, dass das Kinder- und Jugendschutzzentrum im Bau war und daher Inobhutnahmen in anderen Stellen untergebracht wurden, eine reine Statistik ist daher nicht möglich. In diesem Jahr gab es kürzere Verweildauern und dadurch kommt die höhere Fallzahl zustande.

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob noch andere größere Investitionen geplant sind?

**Frau Brederlow** sagte, dass der Hort in der Schleiermacherstraße und die KITAS Trau-land, Sausewind und Schimmelstr zu den größeren Investitionen zählen.

### Investitionsmaßnahmen Schule

**Herr Geier** sagte, dass die Anträge für STARK III alle fertiggestellt sind und am 21.11.16



verschickt werden.

#### Südstadtgymnasium

**Herr Dr. Meerheim** fragte, wo das Geld für die Sanierung herkommt.

**Frau Brederlow** antwortete, dass dies aus STARK III kommt.

#### Förderschulen

#### Carl-Schorlemmer-Ring

**Herr Dr. Meerheim** sagte, dass die Zahlen nochmal geändert werden müssen.

**Frau Brederlow** schilderte, dass dies geplant ist auf die kommenden Jahre und ein Antrag für STARK III dazu abgegeben wurde.

#### Fachbereich Gesundheit

#### medizinische Betreuung in der Landesaufnahmeeinrichtung

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob die Stadt einen Teil der Kosten wiederbekommt.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Einnahmen über das Dienstleistungszentrum Migration und Integration geplant sind und die Stadt auf einem Teil der Kosten hängen bleibt.

**Herr Dr. Wend** fragte, ob die Mischkalkulationen mal dargestellt werden können.

**Herr Geier** sagte, dass es regelmäßig Berichterstattungen gibt und am 06.12 nochmal der aktuelle Stand dargestellt wird.

**Herr Dr. Meerheim** sagte, dass bei den IST Zahlen vom 30.09.16 ein Gesamtpersonalaufwand von 17.000 Euro zu verzeichnen ist, aber im Ansatz von 2016 viel mehr geplant wurde.

**Herr Geier** schilderte, dass bestimmte Zahlungen durch die Stadt von der Landesaufnahmeeinrichtung abgefordert wurden, die jedoch noch nicht beschieden wurden. Dies muss man für 2017 anders planen.

**Herr Wolter** fragte, um was für Personal es sich dabei handelt.

**Frau Brederlow** erklärte, dass ein Arzt beschäftigt ist, der die Erstuntersuchungen, Impfungen und die Schuleingangsuntersuchungen für die Kinder macht. Dieser ist für 25 Stunden beschäftigt.

#### Hygiene

**Herr Wolter** fragte, ob 700 Objekte die Maximalzahl ist.

**Frau Dr. Schwarzer** antwortete, dass es sich um die Objekte handelt, die in der Gesundheitsvorsorge von den Hygieneaufsehern begangen werden.

#### Sozialpsychiatrie

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob eine Psychiaterstelle mehr vorgesehen ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass eine Stelle vorgesehen ist, diese aber noch nicht besetzt werden konnte.

**Herr Wolter** fragte, ob es eine Erstattung der Leistungen durch die Krankenkassen gibt.

**Frau Brederlow** sagte, dass es sich um Pflichtleistungen nach PsychKG handelt, die nicht erstattet werden.

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob größere Investitionen geplant sind.

**Frau Brederlow** sagte, dass ein Auto für die Tierseuchenbekämpfung angeschafft wird.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

#### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

#### **zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten und Fraktionen lagen nicht vor.

#### **zu 8 Mitteilungen**

---

Mitteilungen wurden nicht gegeben.

#### **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Mündliche Anfragen gab es nicht.

#### **zu 10 Anregungen**

---

Anregungen wurden nicht gegeben.

**Herr Dr. Meerheim** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Dr. Bodo Meerheim  
Ausschussvorsitzender

---

Jenny Dautermann  
stellvertretende Protokollführerin